

Zur Landtagswahl 2021: Fragen an die Fraktionen

?

1. Die Corona-Krise stellt derzeit alle anderen Themen in den Schatten. Das bedeutet aber nicht, dass es nicht noch andere drängende Herausforderungen gibt. Etwa: In Baden-Württemberg leben immer noch 800 000 gering literalisierte Erwachsene. Jährlich finden 125 Kurse mit 1000 Teilnehmenden statt. Danach würde es bis 2820 dauern, bis allen Betroffenen die erforderliche Teilhabe an unserer Gesellschaft offen stünde. Was soll geschehen?

GRÜNE:

800.000 gering Literalisierte sind für Baden-Württemberg nicht hinnehmbar. Das Land hat seit 2013 seine Anstrengungen verstärkt. Die Fachstelle für Grundbildung und Alphabetisierung, das dazugehörige Landesprogramm und der Landesbeirat waren wichtige Schritte, um den Betroffenen eine Teilhabe zu ermöglichen. 2019 und 2020 wurde mit zusätzlichen 1,2 Mio. Euro der Aufbau von neun Grundbildungszentren sowie der Ausbau des Kursangebots finanziert.

Die grün-geführte Landesregierung erarbeitet bis Jahresende eine Landesstrategie, um insbesondere Erwerbstätige durch niederschwellige und zielgruppenadäquate Angebote für eine Kursteilnahme zu motivieren. Die arbeitsplatzorientierte und digitale Grundbildung sind dabei zentrale Elemente.

CDU:

Das Land hat dafür seit 2007 ein Programm aufgesetzt, das mit der Einrichtung von neun Grundbildungszentren (GBZ) und 52 Kursen, darunter an VHS'en, fortgesetzt wird. Die GBZ erweisen sich als vielversprechend, um vor Ort Betroffene aller Zielgruppen niederschwellig zu erreichen und für Kurse zu gewinnen. Durch GBZ ist es möglich, Kurse zur digitalen oder arbeitsorientierten Grundbildung umzusetzen. Das GBZ-Angebot könnte entsprechend ausgebaut werden. Eine Erweiterung des Maßnahmenkatalogs zugunsten flächendeckender Angebote ist zu prüfen. Die Landesstrategie mit konsolidierten und neuen Maßnahmen soll bis Ende 2020 vorgelegt werden. Ziel ist es, möglichst viele Betroffene zu erreichen.

SPD:

Die Grundbildung zu stärken, also die Kompetenzen, die wir für das Leben in der Wissensgesellschaft benötigen, ist quasi die DNA der SPD. Die Weiterbildungsträger und insbesondere die Volkshochschulen sind wichtige Akteure in der Vermittlung dieser Kompetenzen, zu denen neben der Alphabetisierung auch die Rechenfähigkeit oder IT-Kompetenzen zählen. Wir setzen uns deswegen für den weiteren Ausbau sowie die dauerhafte Finanzierung der Grundbildungszentren ein. Zudem ist die nachhaltige Begleitung der Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer in ihrem Kursfortschritt, aber auch bei der Arbeit oder bei der Jobsuche ein wichtiges Qualitätsziel, das wir unterstützen.

AfD:

Die sinnvolle Weiterbildung des erwachsenen Menschen liegt in der eigenen Verantwortung. Es ist nicht Aufgabe der Politik hier ein „Bedürfnis“ zu konstruieren. Die Themen der Kurse müssen sich am Bedarf der Teilnehmer orientieren. Ein darüber hinausgehender Bildungsbedarf ist nicht vorgesehen.

FDP:

Die Literalisierung ist eine bedeutsame, aber alles andere als leichte Aufgabe, bei der die Leistungen der Volkshochschulen große Anerkennung verdienen. Damit sich mehr gering literalisierte Erwachsene auf den Weg zur Literalisierung machen, bedarf es neben dem Kursangebot auch entsprechender Anreize. Nach Auffassung der FDP/DVP Fraktion können Weiterbildungsgutscheine ein Wertbewusstsein für Weiterbildungsangebote stärken und somit einen solchen Anreiz schaffen. Außerdem gilt es, weiterhin allgemein für das Thema zu sensibilisieren und entsprechende Angebote bekanntzumachen.

Richtig ist auch, dass mit der Corona-Krise ein Wandel bei den Volkshochschulen angestoßen bzw. beschleunigt wurde. Das Land erkennt den Mehrbedarf infolge dieses Wandels an. In der Vereinbarung „GEMEINSAM.FÜR.WEITERBILDUNG“ sichert das Land zu, Möglichkeiten auszuloten, um mit zusätzlichen Fördermitteln, die unter Vorbehalt künftiger Entscheidungen des Haushaltsgesetzgebers stehen, den Umstieg auf digitale Angebote zu beschleunigen und Modellprojekte zu digital neu aufgestellten Volkshochschulen zu ermöglichen.

CDU:

Mit der Einrichtung des Digitalen Weiterbildungscampus (DWC) fördert das Land im Rahmen des Bündnisses für Lebenslanges Lernen (BLLL) eine institutionenübergreifende E-Learning-Plattform. Die Erweiterung der technischen Infrastruktur des DWC und die Einbindung geeigneter Bildungsmedien ist ein vereinbartes Handlungsfeld der Partner im BLLL. Das schließt virtuelle Beratungsmöglichkeiten ein. Ausbau und Umstieg auf digitale Angebote der Weiterbildungsträger führen zu einem Mehraufwand und setzen ggf. weitere Investitionen voraus. Unterstützungsmöglichkeiten durch die öffentliche Hand sind auszuloten.

?

2. Die Corona-Krise belegt einmal mehr die Notwendigkeit der Digitalisierung.

Warum läuft die Unterstützung des Landes bei der Digitalisierung an der Allgemeinen Weiterbildung, also an den Volkshochschulen und den Kirchlichen Trägern der Erwachsenenbildung – und damit an großen Teilen der Bevölkerung – vollständig vorbei?

GRÜNE:

Es stimmt, dass die Volkshochschulen an den 130 Mio. Euro, die in der Corona-Krise für die Ausstattung der Schüler*innen mit digitalen Endgeräten bereitgestellt wurden, nicht partizipieren konnten. Um langwierige Verhandlungen zwischen Bund und Länder zu vermeiden, wurden die Mittel an den DigitalPakt geknüpft.



SPD:

Digitalisierung ist eine gesellschaftliche Gesamtaufgabe, zu deren Erfüllung die Weiterbildungsträger mit dem entsprechenden Kursangebot beitragen. Dass dies ohne entsprechende technische Ausstattung in Räumen und Gebäuden und ohne schnelles Internet bis zum Seminarraum nicht möglich ist, versteht sich von selbst. Deswegen setzen wir uns für mehr Tempo bei der Breitbandverlegung ein. Wir fordern, die Internet- und Mobilfunkversorgung als Daseinsvorsorge zu begreifen.

AfD:

Entsprechend der Frage eins kann die Volkshochschule Informatik und Programmierkurse anbieten. Es ist aber nicht Aufgabe dieser Einrichtungen die „Digitalisierung“ mit Unterstützung des Landes zu ihrer Kernaufgabe zu machen.

Es werden viele Computer-Kurse auch von der vhs angeboten. Die Digitalisierung stellt jedoch das Land vor große finanzielle Herausforderungen. Eine Priorisierung ist daher erforderlich. Wir sehen die Notwendigkeit der Priorisierung vor allem in der Berufsvorbereitung und dem Studium, auch in den weiterführenden Schulen. Die vhs bieten vorwiegend Kurse der Allgemeinbildung an für die die enormen Kosten bisher nicht aufgewendet werden.

FDP:

Die Digitalisierung der Bildungsangebote und ihrer Träger ist der FDP/ DVP Fraktion ein sehr wichtiges Anliegen. Dass das Land die Digitalisierung der Allgemeinen Weiterbildung nicht fördert, halten wir für ein Ver-

säumnis. Wir treten dafür ein, dass das Land die Digitalisierung der Allgemeinen Weiterbildung zumindest mit Anreizen fördert.



3. Die Zukunft der Allgemeinen Weiterbildung liegt wesentlich nicht in der darbietenden, sondern in der aufsuchenden Bildungsarbeit. Darauf sind die Einrichtungen und ihr Personal (noch) nicht ausgerichtet. Wie werden Sie die notwendige Organisations- und Personalentwicklung unterstützen? Wird es dafür Projektmittel geben?

GRÜNE:

Die Ansprache von bildungs- und sozial-benachteiligten Erwachsenen mit und ohne Migrationshintergrund, mit Sprach- und Lernschwierigkeiten sowie mit physischem und/oder psychischem Handicap stellt Einrichtungen und Personal vor große Herausforderungen und bedeutet ein Paradigmenwechsel zur aufsuchenden Bildungsarbeit.

Diese erfordert eine engere Vernetzung von Weiterbildungs- und Beratungsstellen sowie eine Stärkung der aufsuchenden Weiterbildungsberatung über innovative Projekte. Auch virtuelle Beratungsmöglichkeiten müssen ausgebaut und eingebunden werden. Des Weiteren bedarf es der Entwicklung neuer Schulungskonzepte und -formate für Beratende zur Unterstützung flankierender Beratungs- und Betreuungsangebote sowohl im privaten als auch im beruflichen Umfeld.

CDU:

Die Stärkung der aufsuchenden Weiterbildung für bildungs- und sozial benachteiligte Erwachsene hat hohen Stellenwert und ist als Handlungsziel im BLLL verankert. Das Land unterstützt die aufsuchende Bildungsarbeit der Weiterbildungsträger durch die Förderung innovativer Projekte aus dem Landesprogramm Weiterbildung. Darüber hinaus ist geplant, ab 2021 weitere Modellprojekte zur aufsuchenden Bildungsarbeit in Kooperation mit den Partnern im BLLL umzusetzen sowie die Entwicklung neuer Angebotsformen zur Weiterbildung zu fördern.

SPD:

In der schulischen Bildung hat der Corona-bedingte Fernunterricht zu einer Verschärfung der sozialen Unterschiede geführt. Hier haben wir ein Nachhilfeprogramm vorgeschlagen, mit dem Schulen Kurse zur Unterstützung der Schülerinnen und Schüler bei zertifizierten Nachhilfeanbietern wie den Volkshochschulen einkaufen können. Wir gehen davon aus, dass diese Unterstützungsmaßnahmen längerfristig benötigt werden und sehen in diesem Modell eine gute Verzahnung zwischen beiden Bildungsinstitutionen, mit der Schülerinnen und Schüler da abgeholt werden, wo sie stehen.

AfD:

Die AfD ist der Meinung, dass erwachsene Menschen, die den Wunsch nach einer Fortbildung verspüren, sich selbständig bei einem Kurs der Volkshochschule anmelden können.

Dem Konzept der „aufsuchenden Bildungsarbeit“ liegt ein Menschen-



bild zugrunde, in der auch der erwachsene Mensch noch „aufgesucht“ und angeleitet werden muss, ähnlich dem Bildungsauftrag, den der Staat gegenüber der Jugend hat. Natürlich gibt es hier ein großes Betätigungsfeld, gerade unter den Analphabeten und funktionalen Analphabeten. Doch wir sollten in der Erwachsenenbildung nicht unser Menschenbild des selbstverantwortlichen Bürgers aus dem Bewusstsein verlassen, dieses ist mit einer „aufsuchenden Bildungsarbeit“ schwer vereinbar.

FDP:

Die FDP/DVP Fraktion ist offen für neue Wege in der Bildungsarbeit. Im Fall der aufsuchenden Bildungsarbeit wäre es sicherlich sinnvoll, zunächst im Rahmen eines Modellprojekts Erfahrungen zu sammeln. Ein sol-

ches Modellprojekt würden wir unterstützen. Wichtig ist es der FDP/DVP Fraktion, dass hierbei der Datenschutz gewahrt bleibt, keine Bevormundung erfolgt und die freie Entscheidung für oder gegen die Teilnahme an einem Bildungsangebot geachtet wird.

4. Uns allen ist bewusst, dass Erwachsenenbildung für unsere rechtsstaatliche Demokratie und für Europa notwendiger denn je ist. Die Bevölkerung für diese Themen zu interessieren, ja zu begeistern ist erfahrungsgemäß sehr schwierig, aber möglich. Was schlagen Sie vor, gemeinsam mit uns zu tun, um diese Möglichkeit zu nutzen?

GRÜNE:

Technologischer und gesellschaftlicher Wandel machen das Zusammenleben dynamisch und vielfältig, aber auch komplex und herausfordernd. Antieuropäische und demokratiefeindliche Bewegungen stellen unsere Gesellschaft grundsätzlich in Frage. Daher sind wir gemeinsam aufgefordert, den gesellschaftlichen Zusammenhalt im familiären, beruflichen und öffentlichen Umfeld durch Bildungs- und Begegnungsangebote zu unterstützen sowie die gesellschaftliche Teilhabe aller Bürger*innen zu fördern.

Wir brauchen Angebote zur Vermittlung demokratischer Werte, interkulturelle und interreligiöse Begegnungsmöglichkeiten, Angebote für schwer erreichbare Zielgruppen, Qualifizierungsangebote für politische Bildung und bürgerschaftliches

Engagement, Angebote in der Eltern- und Familienbildung, erweiterte Lernorte, die allen gesellschaftlichen Gruppen die Teilhabe an Information und Wissen ermöglichen und Räume für den gesellschaftlichen Diskurs bereitstellen sowie Maßnahmen zu Präventionsthemen, wie Bildung für nachhaltige Entwicklung oder Gesundheitsbildung. Mit den Volkshochschulen wissen wir dafür einen starken Partner an unserer Seite.

CDU:

Im Kontext des gesellschaftlichen Wandels erlangen inklusiv angelegte Angebote zur Vermittlung demokratischer Werte und sozialer Kompetenzen besondere Bedeutung, bspw. in Kooperation mit kulturellen, sozialen und anderen öffentlichen Einrichtungen. Es geht um die Förderung eines friedlichen, respektvollen und solidarisches Miteinander in Deutschland und Europa.

Die Partner im BLLL haben die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts als einen Handlungsschwerpunkt definiert. Die politischen Mandatsträger könnten an den vielfältigen Bildungs- und Begegnungsangeboten mitwirken und mit ihren Erfahrungen zu einem lebendigen Dialog beitragen.

SPD:

Wir haben 2015 das Bildungszeitgesetz auf den Weg gebracht. 2019 mussten wir es zusammen mit einem breiten Bündnis aus Weiterbildungsträgern gegen geplante Einschränkungen durch die grün-schwarze Landesregierung verteidigen. Die im Gesetz vorgesehene Möglichkeit fünf Tage Weiterbildung im Jahr auch für



politische Weiterbildung zu nutzen, ist unser Ansatzpunkt, um weitere Teile der Bevölkerung für rechtsstaatliche Demokratie und für Europa zu interessieren. Hier befinden wir uns in Gesprächen mit den Weiterbildungsträgern.

AfD:

Es ist weder Aufgabe des Staates noch Aufgabe der vhs, im paternalistischen Sinne das Volk zu erziehen. In der heutigen Zeit sucht sich jeder mündige Bürger die Informationen dort, wo er sie für glaubwürdig hält. Das sind für einige Menschen das öffentlich-rechtliche Fernsehen, für

andere Personen sind es Internetseite, für wieder andere mögen es auch von der vhs angebotene Kurse sein. Diese Kurse sollen im Rahmen der üblichen Bezuschussung vom Land mitfinanziert werden. Auf eine ausgewogene und parteipolitisch neutrale Besetzung der Kursleiter ist zu achten.

FDP:

In der Tat besteht eine der wichtigsten Bildungsaufgaben darin, das Bewusstsein für den Wert und die Werte unserer freiheitlichen Demokratie und unseres geeinten Europa zu stärken. Wir sehen ein wichtiges

Handlungsfeld gerade auch für die VHS darin, Kenntnisse über die Institutionen und Verfahren unserer Demokratie zu vermitteln und zur Reflexion anzuregen. Gerne sind wir seitens der FDP/DVP Fraktion bereit, zu Veranstaltungen der Volkshochschulen zur politischen Bildung einen Beitrag zu leisten. An unseren Schulen gibt es z. B. den Europatag, bei dem jeweils ein Abgeordneter eine Schulstunde mit Bezug zur Europapolitik hält. Vielleicht wäre Ähnliches auch bei den Volkshochschulen denkbar.

 **5. Die Landesregierung und der Landtag haben in der vergehenden Legislaturperiode dankenswerter Weise dafür gesorgt, dass die institutionelle Förderung des Landes für die Allgemeine Weiterbildung 2021 den Bundesdurchschnitt erreicht. Daran darf sich wegen der Corona-Krise nichts ändern. Und darüber hinaus: Baden-Württemberg versteht sich nicht als Durchschnitts-, sondern als Spitzenland. Welche Fortschritte planen Sie?**

GRÜNE:

Es stimmt, Baden-Württemberg versteht sich als Spitzenland. Bundesdurchschnitt zu sein reicht uns nicht. Daher geben wir uns auch nicht mit der Erhöhung der jährlichen Grundförderung von 11,2 Mio. Euro im Jahr 2010 auf 29,3 Mio. Euro ab 2021 zufrieden. Das Land bekennt sich in der Vereinbarung „GEMEINSAM.FÜR.WEITERBILDUNG“ zum Fernziel Drittelfinanzierung. Unter Vorbehalt künftiger Entscheidungen

des Haushaltsgesetzgebers soll die institutionelle Förderung bis 2025 schrittweisen um weitere 28 Prozent erhöht werden.

Die Anhebung der allgemeinen Grundförderung trägt maßgeblich dazu bei, dass Weiterbildungsangebote bezahlbar sind und damit allen Bürger*innen offenstehen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zu einer gerechten Bildungsgesellschaft.

CDU:

Die CDU hat sich nachhaltig dafür eingesetzt, die Grundförderung im aktuellen Haushalt auf die Höhe des Bundesdurchschnitts anzuheben. Das entspricht der 2015 vereinbarten Zielsetzung des Weiterbildungspakts BW. Mit Blick auf das bestehende Fernziel einer Drittelförderung durch das Land, möchten wir haushalterische Möglichkeiten ausloten, die Grundförderung gemäß der im Juli 2020 unterzeichneten neuen Vereinbarung der Partner im BLLL mit Laufzeit 2021 bis 2025 um 28 Prozent anzuheben.

SPD:

Um die im Weiterbildungspakt vorgesehene Durchschnittsförderung auf Bundesebene für die Weiterbildungsträger zu erreichen, haben wir in den Verhandlungen über den Doppelhaushalt 2020/21 eine Erhöhung der Mittel von je 5 Millionen Euro pro Jahr gefordert. Leider haben sich die Regierungsparteien dem nicht anschließen wollen.

Wie auch schon in der letzten Legislaturperiode stehen wir zu den Zielen des Weiterbildungspaktes: Durch-

schnittsförderung und Drittelfinanzierung als grundlegende Ziele. Darüber hinaus haben wir für die Weiterbildungsträger immer ein offenes Ohr, wenn es darum geht, für konkrete Projekte in Verhandlungen zu treten.

AfD:

Die Weiterbildung des erwachsenen Bürgers liegt in seiner Eigenverantwortung; dazu muss er selbst auch einen Beitrag leisten. Eine angemessene Bezuschussung im Rahmen des Bundesdurchschnitts kann befürwortet werden.

FDP:

Die FDP/DVP Fraktion hat stets eine Landesförderung auf Höhe des Bundesdurchschnitts angestrebt. Entsprechende Anhebungen des Zuschusses an die VHS wie zuletzt im Rahmen des Doppelhaushalts für die Jahre 2020/21 haben wir deshalb unterstützt. Auch wenn damit der im geltenden Weiterbildungspakt vorgesehene Bundesdurchschnitt erreicht ist, treten wir für dieses Ziel auch weiterhin ein – sowie dafür, dass den Volkshochschulen die Mittel in verlässlicher Form, z. B. im Rahmen eines Solidarpakts zur Verfügung gestellt werden. Auch eine weitergehende finanzielle Förderung unterstützt die FDP/DVP Fraktion, wenn die Gegenfinanzierung gesichert werden konnte.